

Beschluss: Wir alle müssen hinsehen, hinhören und handeln - Null Toleranz bei Gewalt an Kindern und Jugendlichen!

Das Thema Kindeswohl wurde durch die Corona-Zeit verstärkt ins öffentliche Bewusstsein gerückt, denn nicht jedes Kind bzw. nicht jede*r Jugendliche war während des Lockdowns zu Hause am besten vor Gewalt geschützt. Begrenzter Wohnraum, finanzielle Sorgen durch Kurzarbeit oder Arbeitsplatzverlust sowie die Mehrfachbelastung von Eltern durch die Arbeit im Homeoffice, Homeschooling, Kinderbetreuung und Verpflichtungen im Haushalt führten in vielen Familien zu einem erhöhten Stresslevel und einem gesteigerten innerfamiliären Konfliktpotenzial. Unter diesen Bedingungen spitzte sich die Situation rund um die Kindeswohlgefährdung zu.

Der Großteil der Vermutungs- und Mitteilungsfälle tritt in pädagogischen Einrichtungen auf. Vor diesem Hintergrund ist der fehlende Kontakt von Kindern und Jugendlichen zu Erzieher*innen, Sozialpädagog*innen und Lehrer*innen als Vertrauenspersonen durch die Schließung von Kindertagesstätten und Schulen dramatisch. Viele Jugendämter vermuten zudem eine Vergrößerung der Dunkelziffer in Bezug auf Fälle von Gewalt und Missbrauch gegenüber Kindern und Jugendlichen¹.

Neben der Gewalt in Familien während der Corona-Zeit haben in jüngerer Vergangenheit insbesondere die Aufdeckung der Missbrauchsfälle in Lügde, Bergisch-Gladbach und Münster auf tragische Weise verdeutlicht, dass Kinder und Jugendliche hierzulande vor sexualisierter Gewalt nicht ausreichend geschützt sind.

Laut Kriminalstatistik gab es 2019 in Deutschland 13.670 polizeilich erfasste Fälle von sexuellem Missbrauch an Kindern². Ein Großteil der Täter*innen (ca. 80%) kommt aus dem näheren sozialen Umfeld der Kinder und Jugendlichen³. Es handelt sich um Personen aus der Familie, dem Freundeskreis, dem Sportverein, der Kirchengemeinde oder der Nachbarschaft. Nicht nur Befangenheit aufgrund von Nähe zur*zum Täter*in erschwert es Opfern sexualisierter Gewalt, sich anzuvertrauen und über den Missbrauch zu erzählen⁴; die Forschung zeigt auch, dass Opfer sexualisierter Gewalt "durchschnittlich 7 Personen (Erwachsene) ansprechen [müssen], bevor sie Hilfe bekommen"⁵.

Auch im Internet bewegen sich viele Kinder und Jugendliche sehr unbefangen und letztlich ungeschützt. Eltern kennen sich oftmals nicht ausreichend mit den neuen Medien aus oder fühlen sich von der Schnellebigkeit der Plattformen überfordert. Viele vertrauen darauf, dass ihre Kinder in der Schule einen entsprechend kritischen Umgang mit neuen Medien lernen und halten es daher für nicht notwendig, die Mediennutzung ihrer Kinder zu begleiten. Gerade die sorglose Nutzung von sozialen Netzwerken und die Veröffentlichung von persönlichen Daten bergen verschiedene Gefahren für Kinder und Jugendliche. So nutzen

¹ <https://www.tagesschau.de/investigativ/wdr/jugendaemter-coronavirus-101.html>

² https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/pks-2019.pdf;jsessionid=AF0DE02F3F79BA3DC8B9EB7EFC7C122B.2_cid287?_blob=publicationFile&v=10

³ <https://www.frauennotruf-muenster.de/sexualisierte-gewalt/hintergruende-sexualisierter-gewalt/>

⁴ http://www.thema-jugend.de/fileadmin/redakteure/THEMA_JUGEND_KOMPAKT/TJK_Sexualisierte_Gewalt.pdf

⁵ <https://www.dreist-ev.de/fachkraefte/missbrauch/>

Pädophile etwa Plattformen wie YouTube aus, um Kontakt zu Kindern herzustellen⁶ und um Informationen zu Kindern und Jugendlichen zu sammeln und zu instrumentalisieren. Herausfordernd ist in diesem Zusammenhang, dass die endgültige Löschung von Bild- und Videomaterial aus dem Internet sehr schwierig sein kann und sich Spuren der einmal veröffentlichten Daten auch nach Jahren noch nachweisen lassen. Darüber hinaus ist fehlende Sensibilität von den Minderjährigen selbst und von erwachsenen Bezugspersonen im Umgang mit der Veröffentlichung von Kinderfotos und personenbezogenen Daten problematisch.

Kolping und Präventionsarbeit zu sexualisierter Gewalt

Durch die Missbrauchsfälle in der katholischen Kirche haben die Bistümer in den letzten zehn Jahren ihre Arbeit zur Prävention sexualisierter Gewalt intensiviert. Im Bistum Münster müssen sich Ehrenamtliche und Hauptberufliche, die mit Kindern und Jugendlichen zusammenarbeiten, schulen lassen. Die Kolpingjugend Diözesanverband Münster hat gemeinsam mit dem Kolpingwerk ein Institutionelles Schutzkonzept⁷ erarbeitet und bietet seit 2011 Präventionsschulungen an. Inhalte der Schulungen sind u.a. die Sensibilisierung für das Thema sexualisierte Gewalt, Täter*innenstrategien und Grenzverletzungen bei Kindern und Jugendlichen.

Durch die flächendeckende Schulung von Verantwortlichen in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen trägt die Kolpingjugend zur Qualitätssicherung der Arbeit vor Ort bei. Eltern können auf die geschulten Leiter*innen im Ferienlager oder bei Gruppenstunden vertrauen. Präventionsarbeit ist jedoch nicht nur im Ferienlager oder der Gruppenstunde relevant; das Thema Prävention muss als Querschnittsthema bei jeglichen Angeboten und Veranstaltungen von Koldpingsfamilien beachtet werden, besonders wenn Kinder, Jugendliche und Schutzbedürftige involviert sind!

Forderungen an Politiker*innen und Verantwortliche für Kinder- und Jugendschutz:

Neben den bereits getätigten Anstrengungen in der Präventionsarbeit, zeigt sich u.a. durch die Corona-Zeit, dass es beim Kinder- und Jugendschutz noch einige Herausforderungen gibt, denen sich Politik und Gesellschaft stellen müssen. Daher fordern wir:

- Eine Ausweitung der Präventionsarbeit zu (sexualisierter) Gewalt, auch auf nicht-kirchliche Kontexte. Eine Sensibilisierung für das Thema (sexualisierte) Gewalt muss auch bei pädagogischem Personal in staatlichen Einrichtungen gegeben sein. So müssen Erzieher*innen, Sozialpädagog*innen und Lehrer*innen flächendeckend geschult werden. Schulungsbestandteile müssen dabei Vermutungs- und Mitteilungsfälle sein, denn Pädagog*innen brauchen Handlungssicherheit bei entsprechenden Mitteilungen. Auch in anderen nicht-kirchlichen, ehrenamtlich organisierten Institutionen, in denen mit Kindern und Jugendlichen gearbeitet wird (z. B. Sportvereine, Jugendfeuerwehr), muss die Schulungsarbeit zur Prävention (sexualisierter) Gewalt fest verankert werden.

⁶ <https://www.facebook.com/197640170649147/posts/975339692879187/>

⁷ <https://kolpingjugend-ms.de/schwerpunkte/schutzkonzept/>

- Vor allem während der Corona-Zeit hat sich die Relevanz telefonischer Beratungs- und Hilfsangebote für Betroffene nochmal deutlich gezeigt. Mitteilungsmöglichkeiten wie etwa das Kinder- und Jugendtelefon "Nummer gegen Kummer"⁸ müssen ausgebaut und um Online-Angebote erweitert werden. Für die Zielgruppe Kinder und Jugendliche muss es verstärkt möglich sein, sich online bzw. über die neuen Medien (z. B. per Chat) an fachkundiges Personal zu wenden. Wichtig ist, dass alle Mitteilungen vertraulich und seriös behandelt werden, der Opferschutz gewährleistet wird und die Angebote für Kinder und Jugendliche niederschwellig zugänglich sind.
- Weil sich Kinder und Jugendliche heute zunehmend im Internet bewegen, müssen sie gerade dort geschützt werden. Eltern müssen im Umgang mit den neuen Medien stärker sensibilisiert werden und sich ihrer (Mit-) Verantwortung für den Medienkonsum ihrer Kinder bewusst sein. Es bedarf hier unkomplizierter Fortbildungs- und Informationsmöglichkeiten zum Umgang mit neuen Medien, die sich gezielt an Eltern richten. Dies beinhaltet auch einen reflektierten und sensiblen Umgang mit Veröffentlichungen von Fotos und Informationen durch Bezugspersonen.
- Im Bereich Kinder- und Jugendschutz bedarf es einer besseren Vernetzung von Expert*innen und Anlaufstellen. Bistümer, Polizei und Jugendämter verfügen bereits über Fachwissen zum Thema Kinder- und Jugendschutz und sollten dieses durch die Gründung einer Zentralstelle für Kinder- und Jugendschutz, die über das Gesundheitswesen hinaus geht⁹, noch besser zusammenführen. Interdisziplinäre Teams aus Psycholog*innen, Kinderärzt*innen, Jurist*innen und Pädagog*innen sollten jeweils ihre Perspektive auf das Thema einbringen und vermitteln.
- Es ist wichtig, die Bürger*innen stärker für Kinder- und Jugendschutz zu sensibilisieren. Kinder- und Jugendschutz muss in Deutschland zum Querschnittsthema werden - auch wenn es emotional herausfordernd ist, sich mit dieser Thematik zu befassen. Neben grundlegenden Informationen zum Thema Kindeswohlgefährdung bedarf es der Information der Bürger*innen zu (anonymen) Meldewegen und Anlaufstellen bei Verdachts- und Mitteilungsfällen. Eine bundesweite Kampagne sollte das Bewusstsein der Bürger*innen auf die Thematik lenken. Denn wichtig ist, dass beim Kinder- und Jugendschutz alle hinsehen, anhören und handeln!

⁸ <https://www.nummergegenkummer.de/>

⁹ <https://www.land.nrw.de/pressemitteilung/gesundheitsministerium-foerdert-aufbau-eines-landesweiten-zentrums-fuer>